

NDB-Artikel

Loritz, Alfred Politiker, * 24.4.1902 München, † 14.4.1979 Wien. (katholisch)

Genealogie

V Joh. Baptist (1857–1932), Bez.amtmann in Mühldorf 1893–1900, dann Reg.rat b. d. Regierung v. Oberbayern, Dir. d. Kammer d. Innern, 1920–23 Stellvertreter d. Reg.präs., Geh. Reg.rat, S e. Kaufm.;

M Mathilde, T d. Privatiers u. Hausbes. Zollner in M.; ledig.

Leben

L. hatte das Studium der Staats- und Rechtswissenschaften abgeschlossen, als er 1928 in der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) seine von vielen Skandalen überschattete Karriere als Politiker begann. Wie die Wirtschaftspartei, die ihn schon bald mit hohen Parteiämtern betraute, stand er dem parlamentarischen Regierungssystem innerlich fremd gegenüber. 1932 wurde L., der sich mehr und mehr als unberechenbarer Querulant und machthungriger Opportunist entpuppt hatte, wegen schwerer Verstöße gegen die Satzung aus der Partei ausgeschlossen. L. übte nun seinen Beruf als Rechtsanwalt aus; er geriet aber mit den Standesregeln in Konflikt und verlor schließlich 1939 die Zulassung. Nach der Machtergreifung Hitlers engagierte er sich im Widerstand; er unterhielt Kontakte zu monarchistischen, sozialistischen und kommunistischen Widerstandsgruppen. 1939 emigrierte er in die Schweiz und arbeitete dort angeblich mit westlichen Geheimdiensten zusammen. Im Mai 1945 kehrte er in seine Heimatstadt zurück und gründete eine „Interessengemeinschaft aller vom Nationalsozialismus politisch Verfolgten“. Als deren Präsident wurde er zu einem der geschäftigsten Informanten der amerikan. Besatzungsmacht. Diese Dienste entlohnte ihm die Militärregierung, indem sie ihm 1946 – in Abweichung von ihrer üblichen Praxis, nur vier Landesparteien zuzulassen – eine Lizenz zur Gründung einer fünften Partei in Bayern, der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV), erteilte. Der Parteivorsitzende L., der von seinen Anhängern als „zweiter Hitler“ gefeiert wurde, hatte zur Lösung der brennenden Nachkriegsprobleme freilich kaum mehr anzubieten als ein Sammelsurium autoritärer Rezepte, parteienfeindlicher Ressentiments und ständischer Romantizismen. Der demagogische Volkstribun beeindruckte damit vor allem Teile der verunsicherten städtischen Mittelschichten. 1946 zog L. an der Spitze einer achtköpfigen Fraktion in die Bayer. Verfassungsgebende Landesversammlung ein und trat dort vor allem für die Verankerung starker plebiszitärer Elemente in der Verfassung ein. Bei den Landtagswahlen im selben Jahr stieg die WAV zur drittstärksten Landespartei auf, ihr Vorsitzender L. wurde in einer Koalition aus CSU, SPD und WAV Sonderminister für politische Befreiung. Diese Erfolge währten allerdings nicht lange: Die Fraktion fiel auseinander; L., dessen Amtsführung allgemein

heftige Kritik erregte, wurde nach einem halben Jahr Amtszeit (Dez. 1946-Juni 1947) abgelöst und wegen Meineidsverleitung und Schwarzmarktgeschäften verhaftet. Im Okt. 1947 floh er aus der Untersuchungshaft und tauchte über ein Jahr unter. Nach seiner erneuten Verhaftung wurde er Ende 1948 vor Gericht gestellt, jedoch weitgehend rehabilitiert. Als er im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes die Zustände in den bayer. Strafvollzugsanstalten in die Nähe von Gestapohaft rückte, war dies für Regierung und CSU-Spitze der willkommene Anlaß, den unliebsamen Konkurrenten mit juristischen Mitteln auszuschalten. Die Militärregierung, die darin einen Mißbrauch der Justiz erblickte, durchkreuzte diese Pläne, und L. errang mit seiner Partei, die ein Wahlabkommen mit einflußreichen Flüchtlingsorganisationen geschlossen hatte, einen überraschenden Wahlerfolg. Die zwölfköpfige Fraktion im Bundestag strebte aber schon bald auseinander. L. selbst griff im Parlament alles auf, was in der Bevölkerung an Unbehagen, Vorurteilen und enttäuschten Erwartungen virulent war. Seinen Initiativen lag kein Gesamtverständnis von Politik und Gesellschaft zugrunde; sie folgten alle dem Primat der Propaganda. 1951 wollte sich die Restfraktion dem autokratisch-chaotischen Führungsstil ihres Vorsitzenden nicht länger beugen und schloß ihn aus. Den letzten Anstoß dazu gab, daß L. hinter dem Rücken der Partei mit der später verbotenen rechtsradikalen Sozialistischen Reichspartei (SRP) Fusionsverhandlungen geführt hatte. Er geriet nun mehr und mehr in rechtsradikales Fahrwasser. Seine Bemühungen, eine rechte Sammlungsbewegung ins Leben zu rufen, scheiterten aber kläglich. – Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1953 wurde es still um L. 1955 versuchte er in Bremen ein politisches Comeback. Doch schon bei der Einreichung des Wahlvorschlags für die Bremische Bürgerschaft kam es zu gravierenden Unkorrektheiten, so daß die Loritz-Partei nicht zur Wahl zugelassen wurde. L. wurde daraufhin wegen Meineidsanstiftung und Falschbeurkundung zu 3½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ehe das Urteil vollstreckt werden konnte, floh er nach Österreich, wo ihm 1962 politisches Asyl gewährt wurde. Bis zu seinem Tod bemühte er sich vergeblich um seine Rehabilitierung.

Literatur

A. Bauer, Die WAV - d. gescheiterte Versuch e. mittelständ. Massenpartei, in: Parteien in d. Bundesrepublik, Stud. z. Entwicklung d. dt. Parteien b. z. Bundestagswahl 1953, 1955, S. 483-92;

S. Winge, Die Wirtschaftl. Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-53, 1976;

H. Woller, Die Loritz-Partei, Gesch., Struktur u. Pol. d. Wirtschaftl. Aufbau-Vereinigung (WAV) 1945-55, 1982.

Autor

Hans Woller

Empfohlene Zitierweise

, „Loritz, Alfred“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 184-185
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
